

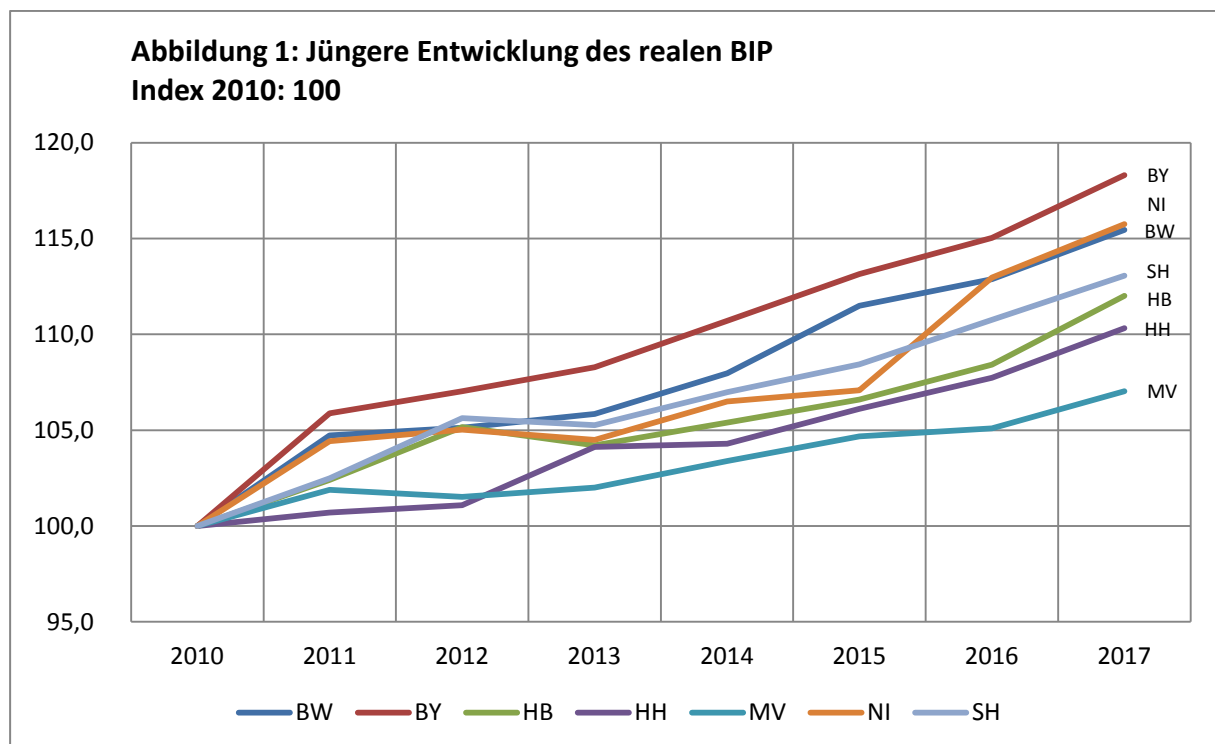
Positionspapier des Unternehmerratoriums Nord „Wirtschaftswachstum im Norden“

Einführung

Auf der letztjährigen Zusammenkunft der Konferenz Norddeutschland mit dem Unternehmerratorium Nord in Bremen wurde die thematische Festlegung getroffen, sich beim nächsten Treffen und damit am 2. Mai 2019 in Hamburg mit dem Wirtschaftswachstum im Norden als grundsätzliches Thema zu befassen.

Sachverhalt

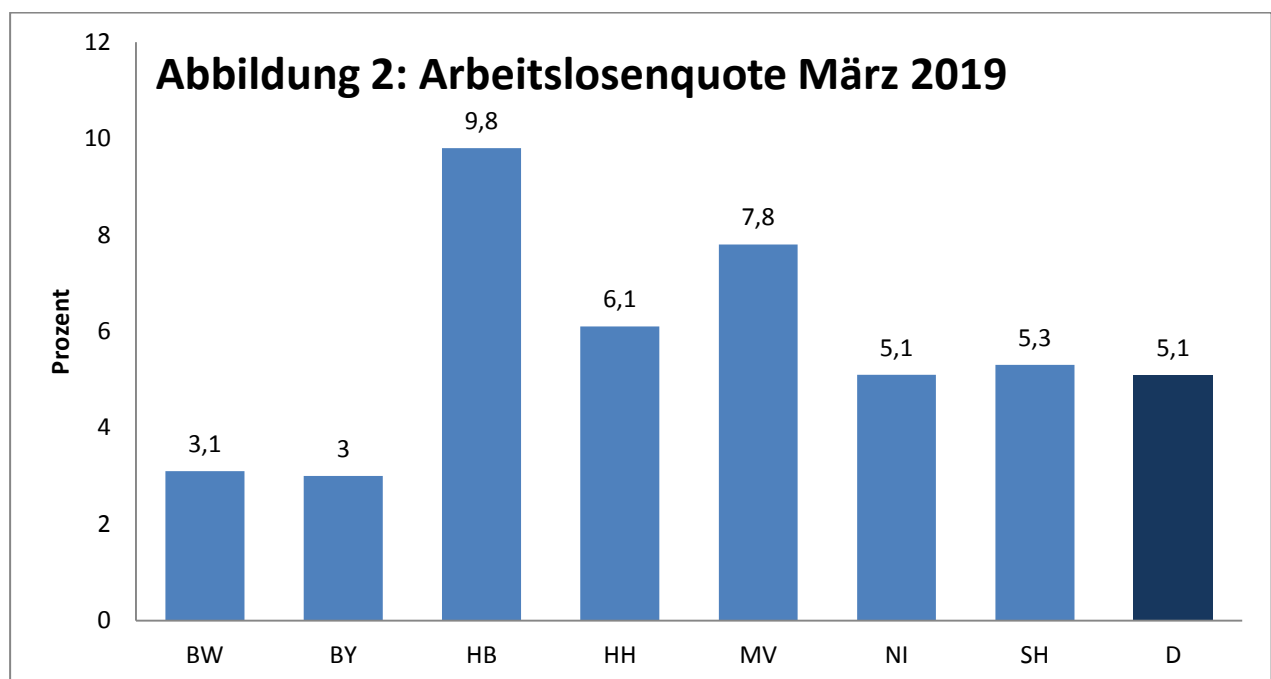
Norddeutschland wächst seit Jahrzehnten regelmäßig langsamer als der Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer. Besonders deutlich wird dies in den letzten zehn Jahren gegenüber den südlichen Bundesländern, insbesondere Bayern und Baden-Württemberg. Eine Ausnahme bildet mit Einschränkungen Niedersachsen.



Quellen: VGR der Länder, UK Nord (2019)

Deutlich wird das Nord-Süd-Gefälle am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner. Bayern bildete 2017 mit einem BIP pro Kopf von 44.810 € die Spitze der Flächenländer. Auch Baden-Württemberg (44.886 €) liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 39.477 €. Im Gegensatz dazu weisen die norddeutschen Flächenländer Niedersachsen (36.164 €), Schleswig-Holstein (32.342 €) und Mecklenburg-Vorpommern (26.560 €) unterdurchschnittliche Leistungen auf. Als Stadtstaaten bilden die Länder Hamburg (64.567 €) und Bremen (49.570 €) die Ausnahme im Norden und in der Republik.

Auch auf dem Arbeitsmarkt spiegelt sich das Nord-Süd-Gefälle wider, was die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit vom März 2019 verdeutlichen:



Quellen: BA, UK Nord (2019)

Ein Grund ist im Ausbau der norddeutschen Infrastruktur zu finden, der darüber hinaus großen Nachholbedarf hat. Das gilt nicht nur für die Bereiche Straßen, Wasserwege, sondern auch für den Schienenverkehr, den Leitungsbau und der Fortentwicklung der Hochschullandschaft, insbesondere deren Zusammenwirken mit der Wirtschaft. Von den elf Elite-Universitäten in der Bundesrepublik befinden sich allein fünf in Bayern und Baden-Württemberg, der Norden hat allein noch Bremen aufzuweisen. Da beinahe zwei Drittel aller Ausgaben für Forschung und Entwicklung der Unternehmen im Süden getätigt werden, ist kein Wunder, dass in Baden-Württemberg und Bayern deutlich mehr Patente angemeldet werden als in den norddeutschen Stadtstaaten und Flächenländern. Große Infrastrukturprojekte dauern im Norden häufig viel zu lange. Sie verhindern Wachstum und Beschäftigung, erschweren die Wahrung des Wohlstandes. Nachbarstaaten sind deutlich schneller, wie beispielsweise Dänemark am Beispiel Fehmarnbelt zeigt.

Zum Thema Demografie weisen jüngst veröffentlichte Studien auf Entwicklungen hin, für die zeitnah und über Ländergrenzen hinweg gemeinsame Konzepte zu entwickeln sind.

Die jüngste Veröffentlichung des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung zeigt, dass gerade die Flächenländer im Norden vor großen Herausforderungen stehen und Antworten auf die Fragen demografischer Entwicklung erarbeiten müssen.

Das Rad der Entwicklung dreht sich in allen Bereichen der Gesellschaft schneller. Die Digitalisierung, die damit einhergehende Substituierung von Beschäftigung gerade im Logistik- und Verkehrswesen, die KI, dazu strukturelle Änderungen der globalen Warenströme, klima- und umweltbedingte Veränderungen, neue und grundlegend andere Anforderungen an Bildung machen ein zielgerichtetes gemeinsames Handeln ratsam, das überdurchschnittlich innovations- und investitionsfreundliches Umfeld schafft.

Es ist der erklärte Wille der Wirtschaft im Norden gemeinsam mit der Politik die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich anzugehen. Die Kleinteiligkeit des norddeutschen Föderalismus sollte daher als Chance begriffen werden, durch länderübergreifendes Zusammenwirken die bestehenden Ungleichgewichte zwischen Süd und Nord zu verändern.

Handlungsempfehlungen

Der Norden hat Zukunft! Um Wachstum und Beschäftigung zu fördern, um das bestehende Süd-Nord-Gefälle zu verändern und um Handlungsoptionen zu erarbeiten gegenüber den sich rasant verändernden weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen empfiehlt das Unternehmerratorium Nord der Konferenz Norddeutschland und damit den Regierungschefs der fünf norddeutschen Bundesländer, die Zusammenarbeit auf folgende Bereiche auszudehnen auf folgenden Bereichen weiter auszubauen:

- abgestimmte gemeinsame Verkehrsinfrastrukturplanung und Einbringung in den Bundesverkehrswegeplan,
- gemeinsame Raumordnung und Raumplanung,
- norddeutsches Demografie-Konzept mit Maßnahmenkatalog, auch im Hinblick auf Daseinsvorsorge in der Fläche,
- abgestimmtes norddeutsches Fach- und Arbeitskräftekonzept,
- gemeinsam abgestimmte Industriepolitik und
- Weiterentwicklung von Zukunftstechnologien wie beispielsweise einer gemeinsam getragenen Wasserstoffstrategie,
- Harmonisierung der Bildungssysteme um bessere länderübergreifende Schulwechsel von Beschäftigten und Fachkräften zu ermöglichen.
- Förderung einer attraktiven Hochschullandschaft, die eine noch engere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft einschließt, start-ups fördert sowie mehr Patente marktfähig macht.
- Das UKN erklärt sich bereit, die weitere Diskussion und Umsetzung der gemachten Vorschläge auf Ebene der Staats- und Senatskanzleien zu begleiten.